

MedienINFO 88 – Freitag, 20. März 2015

Zukunft der Bund-Länder-Finanzbeziehungen:

Witzel: Politik muss Wort halten und Soli abschaffen

Die FDP-Landtagsfraktion möchte den Soli bis 2020 beenden. Die Freien Demokraten lehnen die von Rot-Grün bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen angestrebte dauerhafte Beibehaltung der Ergänzungsabgabe entschieden ab. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Ralf Witzel: „Spätestens mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II Ende 2019 muss auch der Solidaritätszuschlag Geschichte sein.“

Nach 2019 wird dem Soli zum einen die verfassungsrechtliche Grundlage entzogen. Zum anderen beschädigt eine – wie von CDU, SPD und Grünen geforderte – Beibehaltung die Glaubwürdigkeit der Politik massiv. „Zusätzliche Steuerbelastungen, die aufgrund eines zeitlich begrenzten Zwecks eingeführt wurden, müssen zeitnah wieder abgeschafft werden, wenn das Ziel erreicht ist. Sonst ist es eine dauerhafte Steuererhöhung für Bürger und Unternehmen. Genau das haben die Pläne von SPD, Grünen und CDU zur Folge“, sagt Witzel. Dies ist insbesondere wegen der seit langem stark steigenden Steuereinnahmen unnötig und unberechtigt. Witzel: „Der Soli gehört spätestens 2020 ersatzlos abgeschafft. Darüber hinaus müssen Rot-Grün und die GroKo endlich auf permanent neue kostspielige Wahlschenke verzichten. Bereits die dauerhaften Niedrigzinsen sorgen für eine Umverteilung von Privaten zum Staat. Jetzt muss zur Abwechslung einmal die Entlastung all derer auf der Agenda stehen, die Wachstum und Wohlstand überhaupt erwirtschaften.“

Witzel unterstreicht: „Eine Soli-Verlängerung bis zum Sankt-Nimmerleinstag lehnt die FDP ab.“ Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich stattdessen für die Beseitigung von Fehlanreizen in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen sowie eine gerechtere Berechnungsmethode beim Länderfinanzausgleich ein. Dabei müssen die Einwohnerveredelung der Stadtstaaten abgeschafft und das Umverteilungsvolumen insgesamt begrenzt werden.